Heraus zum Großsammeltag für den kommunistischen Pressefonds heute, morgen und Sonntag!

15. Jahrg. / Nr. 217 Preis 10 Pfennig Auswärts 15 Pf. Berlin, Freitag, 16. Dezember 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28. Tel.: D 1 Bergplatz 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Berein. Zeitungsverlage GmbH. Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28. Postscheck: Berlin NW 27 572.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: Anzeigen-Expedition für die Arbeiterpresse G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 23 I. Sammelnummer: Bergmann 7538. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis in Berlin u. Orten mit eig. Ausgabe: pro Woche 60 Pf., pro Monat 2.60 M. einschl. Trägerlohn. Postbezug pro Monat 2,60 M. exkl. Bestellgeld. Streifband im Inland 4.20 M., im Ausland 4.50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gesp. Millimeterzeile 35 Pf.; die 2gesp. Textmillimeterzeile 2,50 M. Arbeiteranzeigen u. Familienanz.: Millimeter 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf. Chiffreaufschlag 20 Pf. Arbeitsmarkt: Mm 5 Pf.

Schleicher droht das Ausnahmegesetz gegen die Kommunistische Partei an!

Schleichers Programmrede im Rundfunk: „Parlament hat der Regierung nicht hineinzureden!" — Keine Durchführung der Reichstagsbeschlüsse für die Erwerbslosen — Der Kanzler kündigt neue Hungerzölle an

Kampf der Schleicher-Diktatur!

Nur wenn man weiß, daß der Reichskanzler General von Schleicher die Unterstützung der braunen Hitlerbanden genießt, nur wenn man weiß, daß gleichzeitig der ADGB.-Leipart und die SPD.-Reichsbannerführung ihm zur Seite stehen — nur dann wird man die ganze Bedeutung der programmatischen Rede würdigen können, die der Kanzler gestern im Rundfunk hielt. Das, was er über die Maßnahmen gegen die Not der Erwerbslosen sagte, war eine einzige ablehnende Erklärung gegen die Forderungen der Erwerbslosen. Durch seine ganze Rede klang es hindurch: die Ausschußbeschlüsse für Winterhilfe und Aufhebung der Notverordnung werden nicht durchgeführt. Wichtig gesprächig wurde der Ex-[illegible] über Papen, als er der Landwirtschaft neue Zölle und damit eine neue Steigerung der Volksnot verkündete. Bis schließlich seine Rede in einer offenen Drohung an die Reichstagsausschüsse und ihre Beschlüsse und einer unerhört scharfen Kriegserklärung an die Kommunistische Partei, an die Organisation des Kampfes gegen die Volksnot gipfelte. Diese Rede gestern zeigte nicht nur die Ausweglosigkeit des deutschen Kapitalismus, sie war auch und vor allem ein Fanfarenstoß der faschistischen Reaktion. Der „soziale" General knallte den Säbel auf den Tisch. Das ganze Volk hört es und wird zu handeln wissen.

„Papens Programm eine geeignete Grundlage"

Zu Beginn seiner Rede erklärte Schleicher, daß er nur darum sich schließlich entschlossen habe, „Nachfolger meines Freundes Papen, dieses Ritters ohne Furcht und Tadel (!)" zu werden, weil er hoffte, daß die Verbindung des Reichskanzler- und Wehrministerpostens „den Ernst der Situation scharf kennzeichnet und auf gewisse Unruhestifter abkühlend wirken werde". Dann brach der Kanzler sogleich eine Lanze gegen das Parlament, von dem er fordert, daß es der „Regierung ohne Hineinreden (!) und die hinlänglich bekannten parlamentarischen Methoden Gelegenheit gibt, ihr Programm durchzuführen."

Diese Drohung verstärkte Schleicher später in seiner Rede noch durch „ein Wort ernster Mahnung an die Reichstagsausschüsse. Ich kann es nicht mehr als verantwortungsbewußt bezeichnen, wenn man Entschlüsse faßt, die dem Reich viele Hunderte von Millionen kosten würden, von denen man also genau weiß, daß sie bei der ernsten Lage der Reichsfinanzen niemals durchgeführt werden können." Daß die Reichsanstalt für Erwerbslosenversicherung ungeheure Ueberschüsse, daß die Invalidenversicherung ein Riesenvermögen aufgestapelt hat, daß es mehrere tausend Millionäre in Deutschland gibt, die lächerlich geringe Steuern zahlen — davon sprach er nicht.

Die Verzweiflung der Arbeitslosen sei so groß, daß „man rechtzeitig Dämme einbauen muß, damit die Fluten nicht über uns weggegangen sind". Was praktisch geschehen wird, mag man nach der Versicherung Schleichers bemessen, daß die jetzige Regierung das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung für eine geeignete Grundlage halte. Das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung war bekanntlich der Milliardenabbau bei den Erwerbslosen und eine ungeheure steuerliche Belastung der noch Beschäftigten. Schleicher, der „soziale" General, denkt nicht daran, das zu ändern.

Im Gegenteil, in seiner Rede versprach er, „dem Druck auf die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse schnell und wirksam entgegenzutreten, und von der Zollautonomie der Regierung im erforderlichen Ausmaß Gebrauch zu machen." Also neue Zölle! Und damit neue Einschränkung des Absatzes und neue Steigerung der Not des Volkes.

Was ist es da für eine „Hilfe", wenn er eine Fischfleischverbilligung und eine Verbilligung der Hausbrandkohle versprach?

Das ist ein winziger Tropfen auf einem riesigen glühenden Stein. Es war wenig genug, was der Haushaltsausschuß beschloß: Kohle, Brot und Fleisch in einer gewissen Menge wöchentlich den Erwerbslosen zu liefern. Der Kanzler will es nicht durchführen. Es geschah unter dem Druck der Massen, wenn der Ausschuß die Aufhebung jener Notverordnung beschloß, die den Erwerbslosen durch den riesigen Abbau ihrer schon von Brüning gekürzten Unterstützung die Kehle zuschnürt. Der Kanzler will es nicht durchführen.

Statt dessen entwickelte er ein Siedlungsprogramm, das unter dem militärischen Gesichtspunkt der Schaffung eines „Grenzwalles gegen das Vordringen fremden Volkstums" in Ostdeutschland durchgeführt werden soll. Der Jugend kann dieser Exponent des kapitalistischen Systems natürlich nicht Arbeit und Brot schaffen, aber er kann versuchen — und nach seiner gestrigen Rede will er es tun — sie durch eine Reihe von Maßnahmen durchzumilitarisieren, zu drillen und „jugendliche städtische Erwerbslose als mitarbeitende Haus- und Familiengenossen in solchen Bauernwirtschaften unterzubringen, die sich bezahlte Arbeitskräfte nicht halten können".

Da ist die kapitalistische Katze aus dem Sack gelassen! Man entkleide diese Floskel ihrer Dekoration und übrig bleibt die unbezahlte und zeitlich unbegrenzte Sklavenarbeit!

Der Herr General hat wohl selber das Gefühl, daß dieses Programm, die hungernden Massen nicht beruhigen, sondern zum Massenprotest aufpeitschen wird. So richtet er denn seine Kriegserklärung an die Partei, die allein die Not des Volkes, der die Regierung hilflos gegenübersteht, zu bannen in der Lage ist. Er erklärte:

„Den gewerbsmäßigen Unruhestiftern ebenso wie einer gewissen aufreizenden, die Atmosphäre vergiftenden Presse darf ich warnend zur Kenntnis bringen, daß eine Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes fertig im Schubkasten liegt und in der Tat in ihrer Lückenlosigkeit eine ausgezeichnete Waffe darstellt. Ich hoffe, daß ihre Anwendung ebensowenig nötig werden wird, wie der Einsatz der Wehrmacht. Ich möchte aber auch die staatsfeindliche kommunistische Bewegung nicht im Zweifel darüber lassen, daß die Reichsregierung auch vor drakonischen Ausnahmebestimmungen gegen die Kommunistische Partei nicht zurückschrecken wird, falls sie die Lockerung der Zügel zur vermehrten Verhetzung der Bevölkerung mißbrauchen sollte."

Das ist die Kriegserklärung an den Kommunismus. Aber die Millionenmassen in den Hütten der deutschen Armut wissen, daß die Verbrecher ihre Feinde sind, und wenn sie hören und lesen, daß der Junker von Schleicher, der Vertrauensmann der Schwerindustriellen und der Großagrarier, der KPD. den Vernichtungskampf ansagt, dann werden sie alles in Bewegung setzen, was zur Verteidigung der Freiheitspartei des werktätigen Volkes Deutschlands notwendig ist.

Im Kugelregen der Verleumdung und der feindlichen Angriffe halten wir unbeirrt Kurs auf Arbeit und Brot, Kurs auf den Sozialismus, Kurs auf die revolutionäre Befreiung der Volksmassen mit jener leidenschaftlichen Entschlossenheit, die dem Bolschewismus bereits den Sieg auf einem Sechstel der Welt brachte.

Die Taktik des Gegners

Die Verbreiterung der faschistischen Massenbasis, die Entlassung vor allem der Sozialdemokratie von dem zunehmenden revolutionären Massendruck und der Radikalisierung in der eigenen Arbeitermitgliedschaft ist eine der wichtigsten Aufgaben, deren Lösung die Bourgeoisie von Schleicher verlangt. Der Lösung dieser Aufgabe ist die seit dem Abgang Papens veränderte Taktik des Klassenfeindes untergeordnet. In allen ihren Beschlüssen der letzten Jahre stellten die Kommunistische Internationale und ihre deutsche Sektion, die KPD., fest, daß gerade der von der Sozialdemokratie bewußt konstruierte Gegensatz zwischen der demokratisch-parlamentarischen Form der bürgerlichen Diktatur und dem Faschismus, der offenen, unverhüllten, terroristischen Diktatur der Bourgeoisie die Manövrierfähigkeit der Massen im Kampfe gegen die herrschende politische Reaktion und gegen den Faschismus einschränken sollte. Es ist gewiß, daß die SPD.-Führer mit diesem Betrug vor allem unter der Brüning-Aera und noch bis zum 20. Juli, innerhalb den Arbeitermassen nicht erfolglos blieben.

Mit der Papenschen Methode der „autoritären" Regierung, der Ausschaltung des Parlaments, der Beseitigung auch der letzten demokratischen Ueberbleibsel verengerte sich die objektive Basis für die sozialdemokratischen Betrugsmanöver. Es war eine der ersten Taten des „sozialen" Generals Schleicher, diese für die Bourgeoisie „enge Stelle" ihrer Klassenherrschaft weiter zu erweitern und neue Kanäle für parlamentarische Illusionen zu schaffen. Schleicher schaltete den Reichstag in die Pläne der Diktaturregierung ein, erlaubte den bürgerlichen Parteien auf einige Tage das Volk von der Reichstagstribüne durch „arbeiten" zu dürfen. Prompt zog die sozialdemokratische Presse die schleunigst erwarteten Folgerungen aus der neuen Lage:

„Sie (die Sozialdemokratie) hat es wenig gebraucht, daß dieser Reichstag mit seiner antiparlamentarischen Mehrheit in drei langen Sitzungen Zeugnis ablegte für den Wert [illegible]

Hunger kennt keine Grenzen!

Arbeiterfrauen dringen in Berliner Rathaus-Sitzungssaal ein

Am Donnerstag brach eine aus 40 Arbeiterfrauen bestehende Delegation der Erwerbslosenausschüsse Neukölln und Mitte in die Berliner Stadtverordnetenversammlung ein. Während die Mehrzahl der Frauen durch Aufsichtsbeamte zurückgedrängt wurde, drangen sechs Frauen und zwei Männer bis in den Sitzungssaal vor und schrien den bürgerlichen Stadtverordneten und dem Magistrat die Forderungen der Erwerbslosen nach Kohlen, Kartoffeln und warmer Kleidung in die Ohren. Der SPD.-Vorsteher hob unterbrach die Sitzung und drohte, die Erwerbslosen mit der Polizei herauswerfen zu lassen. Die Frauen aber wichen nicht, sondern erklärten, daß sie erst nach Bewilligung ihrer Forderungen den Saal verlassen würden. Unter diesem Druck erklärten sich die Bürgermeister Lange und Elias zu Verhandlungen bereit, wobei sie den Frauen Versprechungen auf teilweise Erfüllung ihrer Forderungen machten.